

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	26.06.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Haushaltsplan 2019 für die Produktgruppe 11.01.26 Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz sowie Stellenplan für den Betrieblichen Gesundheitsschutz

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2019 bis 2022 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.26, Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz, mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 159.866 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 918.208 € wird zugestimmt.
2. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.26 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 6.500 € wird zugestimmt.
3. Dem Stellenplan 2019 für den Betrieblichen Gesundheitsschutz (019) wird zugestimmt. Die Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2018 ergeben sich aus der beigefügten Veränderungsliste zum Verwaltungsentwurf Stellenplan 2019.
4. Dem zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf für den Betrieblichen Gesundheitsschutz im Umfang von 0,5 Stellenanteilen wird zugestimmt
5. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.26 wird zugestimmt.

Begründung:

Als aktuelle Planwerte werden im Haushaltsplan die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen des Jahres 2019 veranschlagt; die mittelfristige Planung umfasst die Haushaltsjahre 2020 bis 2022.

Erläuterungen zur Produktgruppe 11.01.26 (Haushaltsplan Band II S. 177 – 184):

Erläuterungen zum Teilergebnisplan

Das Aufwandsbudget des Betrieblichen Gesundheitsschutzes erhöht sich gegenüber dem Ansatz 2018 um 207.937 €. Die Verschlechterung ergibt sich aus Steigerungen beim Personalaufwand und damit korrespondierend bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen, deren Ursache die höheren Mietzahlungen an den ISB sind.

